

**XXII. GP.-NR**

**746 J**

**2003 -08- 1 2**

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Broukal

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend gesetzwidrige Bestellung von DI Helmut Krünes als Regierungsvertreter in den  
Universitätsrat der TU-Wien

Helmut Krünes wurde von Bundesministerin Gehrer zum Uni-Rat bestellt. Dies, obwohl § 21  
Abs. 4 UG 2002 festhält, dass man vier Jahre vor der Bestellung keine Funktion in einer  
politischen Partei bekleiden darf.

Wörtlich besagt § 21 Abs. 4 des Universitätsgesetzes: "Dem Universitätsrat dürfen Mitglieder  
der Bundesregierung oder einer Landesregierung, Mitglieder des Nationalrates, des  
Bundesrates oder eines sonstigen allgemeinen Vertretungskörpers und Funktionäre einer  
politischen Partei sowie Personen nicht angehören, die eine dieser Funktionen in den letzten  
vier Jahren ausgeübt haben."

Krünes wurde im Juni 2000 zum stellvertretenden Parteiobermann der FPÖ Niederösterreich  
gewählt und hat diese Funktion erst mit 24. März 2002 niedergelegt. Er war daher im Sinne  
der zitierten Gesetzesbestimmung bis 24. März 2002 Funktionär einer politischen Partei.

In der Regierungsvorlage wird die zitierte Gesetzesbestimmung wie folgt erläutert: „Die  
Konstruktion des Universitätsrats soll gewährleisten, dass dieser eine Mittlerrolle zwischen  
Staat, Gesellschaft und Universität spielen wird. Durch die Nominierung von Mitgliedern  
durch den Senat soll die Bindung an die Universität gegeben sein. Um die Unabhängigkeit der  
Universitätsräte zu stärken, sollen in den Universitätsräten weder Politikerinnen und  
Politiker noch Angehörige der betreffenden Universität vertreten sein.“

Damit liegt bei DI Krünes der klare Tatbestand der Unvereinbarkeit gem. § 21 Abs. 4 UG  
2002 vor, weshalb die Bestellung von DI Krünes entgegen den Bestimmungen des UG 2002  
somit rechtswidrig erfolgte.

Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung 154/AB vom 25. April 2003 aufgrund meiner  
Anfrage 154/J vom 4. März 2003 festgestellt: „Der Beschluss der Regierung zur Nominierung  
von DI Krünes erfolgte einstimmig. Bei der Auswahl der Personen für die Universitätsräte  
wurden die dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bekannten  
derzeitigen und

ehemaligen aktiven politischen Funktionen auf führender Ebene berücksichtigt. Bei der Nominierung der Universitätsräte handelt es sich um einen Regierungsbeschluss, der von mir in den Ministerrat eingebracht wurde.“

Weiters erklärten Sie in Ihrer Anfragebeantwortung: „Die Überprüfung des Lebenslaufs von DI Krünes ergab, dass seine Tätigkeit als aktiver politischer Funktionär, als Bundesminister für Landesverteidigung 1987 und als Abgeordneter zum Nationalrat bzw. Klubobmann im NÖ Landtag, im Jahre 1989 endete.“

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgende

**Anfrage:**

- 1.) Warum behaupten Sie eindeutig tatsächenwidrig, dass die Tätigkeit von DI Krünes als aktiver politischer Funktionär im Jahre 1989 endete, obwohl er erst mit 24. März 2002 seine Funktion als stellvertretender Parteivorsitzender der FPÖ-Niederösterreich niederlegte und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?
- 2.) Welche Maßnahmen werden Sie setzen um die eindeutig gesetzwidrige Bestellung von DI Krünes als Regierungsvertreter in den Universitätsrat der TU-Wien wieder rückgängig zu machen?

/Birkel A. hepp  
A. Pichler M. J. 16.11.2013